

Betreff:

Expertenanhörung Informationsfreiheitssatzung
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten vom 06.Juni 2018-

Antragstext:

Am 28. Mai tritt das neue hessische Informationsfreiheitsgesetz in Kraft - als Teil des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes (HDSIG). Damit ist die Bedingung eingetreten, welche der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration mit Beschluss Nr. 0017 vom 17. März 2015 für eine Expertenanhörung zum Thema „Informationsfreiheitssatzung“ gestellt hatte: „Im Hinblick auf die zu erwartende Gesetzesinitiative auf Landesebene und die Erfahrungen der Stadt Frankfurt wird die Anhörung bis zum Ablauf der Legislaturperiode der Landesregierung zurückgestellt.“ (Unterpunkt 2., Beschluss Nr. 0017).

Der Ausschuss wolle beschließen:

Als erster Schritt auf dem Weg zur Erarbeitung einer Informationsfreiheitssatzung wird der Magistrat beauftragt, die zugesagte Expertenanhörung zum Thema „Informationsfreiheitssatzung“ zeitnah in die Wege zu leiten. Bei Bedarf sollen zu diesem Anlass der Haupt- und Finanzausschuss sowie der Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik gemeinsam tagen.

Wiesbaden, 06.06.2018